

Gewerbesteuer: Rat beschließt einen Mittelweg

Mehrheitskooperation bleibt mit ihrer Forderung nach einer moderaten Erhöhung hinter einem Verwaltungsvorschlag zurück

CUXHAVEN. Statt auf 465 Punkte steigt die Gewerbesteuer nun doch nur auf 435: Dafür hat am Dienstagabend der Cuxhavener Stadtrat gesorgt, dessen Mitglieder den von der Kämmerei favorisierten Hebesatz per Mehrheitsentscheid deutlich nach unten korrigierten. Damit kamen sie der örtlichen Wirtschaft entgegen, die noch vor Kurzem eindringlich vor einer Steuererhöhung gewarnt hatte.

„Ausgewogene Entscheidung“

Ganz generell votiere man „nicht mit Hurra“ für höhere Steuern: Das stellte Gunnar Wegener zu Beginn der im Ratssaal geführten Debatte klar. Der SPD-Ratsfraktionsvorsitzende erinnerte an die im Zuge des nach wie vor noch nicht abgeschlossenen Entschuldungsprozesses geschlossene Stabilisierungsvereinbarung mit dem Land Niedersachsen: Eine „Finanzspritze“ über 187,5 Millionen Euro hatte die Stadt im September 2016 nicht für lau zugesichert bekommen. „Wir haben uns in diesem Vertrag dazu verpflichtet, bestimmte Steuersätze zu nehmen“, rekapitulierte Wegener und erwähnte dabei die aktuell diskutierte Erhöhung der Gewerbesteuer, die ursprünglich auf 465 Umlagepunkte steigen sollte. Auch eine

ganz konkrete Summe, nämlich ein Ertrag von 2,3 Millionen Euro, sei in diesem Zusammenhang genannt worden, so der SPD-Fraktionsvorsitzende weiter.

Der Umstand, dass diese Marke bereits im vergangenen Jahr erreicht wurde, hatte in Unternehmenskreisen zu Diskussionen geführt: Noch vor wenigen Tagen hatten sich Unternehmensverband, Dehoga, Kreishandwerkerschaft und Industrie- und Handelskammer gegen unverhältnismäßige Mehrbelastung ihrer Klientel gewandt und dabei auch die Öffentlichkeit gesucht. „Was ich von einigen gehört habe, war schon schwierig“, betonte Wegener und meinte damit eine Argumentationsweise, die aus seiner Sicht Verantwortung für den Standort vermissen ließ. Mehr oder minder unverhohlen hatte die Unternehmerschaft nämlich zum Ausdruck gebracht, dass die ein oder andere Firma Cuxhaven den Rücken kehren könnte, sofern tatsächlich im ursprünglich vorgesehenen Maße an der Steuerschraube gedreht würde. Für den CDU/FDP-Ratsgruppenvorsitzenden Thiemo Röhler, der am Dienstagabend seinerseits an die aus der Stabilisierungsvereinbarung erwachsenen Auflagen erinnert hatte, definitiv ein „Worst-

Case“-Szenario: „Nichts wäre schlimmer, als wenn einzelne Unternehmen aus der Stadt abwandern würden und wir dadurch unter dem Strich weniger Gewerbesteureinnahmen hätten als vorher“, betonte Röhler und warb im selben Atemzug für eine „gute und ausgewogene Entscheidung“, wie sie die aus CDU/FDP, Sozialdemokraten und Grünen bestehende Mehrheitsgruppe in dem am Ende beschlossenen Gegenentwurf zur Verwaltungsvorlage skizziert hatte: Auf 435 statt auf 465 Zähler wird die Gewerbesteuer rückwirkend zum 1. Januar 2018 angehoben – ein Kompromiss, der aus Röhlers Sicht einerseits „im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung Cuxhavens“ ausfällt, andererseits aber ein Sig-

Steuersätze

- ▶ Die Debatte um die Gewerbesteuer reicht ins Jahr 2013 zurück: Wegen der prekären Haushaltslage wurde seinerzeit eine Erhöhung des Satzes von 365 v. H. **auf 420 v. H.** beschlossen. Das entsprach rund 15 %.
- ▶ Aufgrund von Verpflichtungen aus dem Entschuldungsvertrag sollte die Gewerbesteuer aktuell auf 465 v. H. (um 11 %) steigen. Beschlossen sind nun **435 v. H.**

nal der Verlässlichkeit in Richtung Hannover bedeutet. Um dieses Signal zu unterstützen, stimmte auch die Ratsfraktion „Die Cuxhavener“ für den Mehrheitsvorschlag – nicht ohne zuvor deutlich zu machen, dass man die jetzige Erhöhung im Grunde für „extrem schwierig“ halte und im Falle sprudelnder Steuereinnahmen in kommenden Jahren von einer Abwärtskorrektur der Hebesätze ausgehe.

AfD lehnt eine Steigerung ab

„Wir tragen das mit“, meldete sich Grünen-Ratsfraktionschef Bernd Jothe zu Wort, der seinerseits noch einmal deutlich machte, vor welchem Hintergrund die Entscheidung für Steuererhöhungen gefallen war: „Diese Stadt war nicht mehr wirtschaftsfähig“, sagte Jothe auf die Situation im Vorfeld des Entschuldungsprozess anspielend. Regelrecht „gerungen“ haben die Grünen seinen Aussagen zufolge im vorliegenden Fall: „Wir hätten auch die 465 Punkte drin lassen können“, gab Jothe zu bedenken und erinnert abschließend daran, dass der Rat als Gremium „allein aus seiner Verantwortung heraus“ handle und deshalb nicht vor der Wirtschaft einknicken dürfe. Eine ganz andere Position vertrat die

AfD, die sich dem Mehrheitsvotum nicht anschloss. AfD-Ratsfraktionsvorsitzender Anton Grunert kritisierte die rückwirkend geltende Steuererhöhung als eine Hypothek, die das Vertrauen der heimischen Wirtschaft in Politik und Verwaltungsarbeit belaste. Das mit dem Land vereinbarte Einnahmeziel trachtet Grunert statt über Realsteuererhöhungen durch weitere Spar-Disziplin, den Verzicht auf zusätzliche Stellen im Rathaus und durch Maßnahmen wie eine Fusion der Kreisvolkshochschule und der städtischen VHS zu erreichen.

Dass sich Grunert bei seinem Antrag auf den Steuerzahlerbund berief, den Kompromiss der Mehrheits-Koop aber mit Verhandlungstaktiken auf dem „arabischen Markt“ verglich, blieb nicht unkommentiert: Oberbürgermeister Ulrich Getsch sprach von billiger Polemik, hinter der mangelnde Sachkenntnis durchscheine: Dem Land stehe aufgrund der millionenschweren Tilgungshilfe durchaus zu, in finanziellen Dingen einen gewissen Führungsanspruch geltend zu machen. Ferner ist es für Getsch geradezu paradox, dass die AfD sich für eine schlanke Verwaltung einsetzt: „So, wie Sie mein Rathaus mit Anfragen beschäftigen...“ (kop)